



Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — **Postfachkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 18693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon** 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.60 M. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Belegungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Eine neue Herausforderung des Proletariats! Übermaliger Freispruch der Marburger studentischen Mörder!

Kassel, 17. Dezember. Im Marburger Studentenprozess beantragte der Staatsanwalt in seiner 1 1/2 stündigen Rede Freisprechung der Angeklagten. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage bei sämtlichen Angeklagten, worauf der Vorliegende Freispruch verkündete.

Das Schwurgericht — die sorgsam geleitete, von allen Urteilern sorgsam gereinigte Geschworenensbank zu Kassel hat sich als ebenso „unverfälscht“ erwiesen wie das Kriegsgericht. Die Mörder von Thal sind abermals freigesprochen.

Noch liegen die Berichte über die letzten Verhandlungstage nicht vor — die abschließende Betrachtung des Prozesses muß daher noch verschoben werden. Aber schon nach dem, was wir bisher über die Sitzungen veröffentlichten konnten, liegt es klar zutage, daß dieser Spruch einen neuen empörenden Beitrag zu den ungeheuerlichen Justizskandalen bedeutet, die den Gerechtigkeitsbetrieb in der Republik der Gegenrevolution kennzeichnen. Dieser Spruch läßt sich nur politisch werten; er ist die Proklamierung der Straffreiheit für alle jene, die Revolutionäre morden.

Die Gegenrevolution hat dieses Prinzip längst in voller Offenheit durchgeführt. Die Mörder Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Kurt Eisner, Gustav Landauer, Leo Jogisches, die Marloh und Kessel, die alle sind straflos ausgegangen. Die Blutmenschen, die in den Kapptagen unsre für die Republik kämpfenden Genossen ermordeten, blieben ungeschädigt, während die Angehörigen der „Roten Armee“ mit alttestamentarischer Unerbittlichkeit verfolgt werden. Die Mörder-Studenten von Marburg, die die schwarzrotgoldene Fahne republikanischer Truppen zerreißen wollten, buchten die gegen Kapp und Kappisten kämpfenden Arbeiter als Aufreißer mißhandelt und „auf der Flucht“ erschossen. Die ordnungshilfenden Mörder wurden freigesprochen.

Das Herz krampt sich zusammen, das Blut siedet beim Nachdenken über diese entsetzlichen Taten. Aber aller Zorn und alles Entsetzen werden ohnmächtig bleiben, wenn es der Arbeiterschaft nicht gelingt, ihre Zerstückelung zu überwinden, die die Gegenrevolutionäre zu Herren des Staates und seiner Justiz macht!

Es kriselt in Berlin.

Berlin, 17. Dezember. Im Steuerauschuß des Reichstages wurde heute die vom Unterausschuß vorgelegte Formulierung des Paragraphen 1 des Reichsnotopfers mit geringer Mehrheit angenommen. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei stimmten gegen den Paragraphen 1 und die Demokraten enthielten sich der Abstimmung. Darauf erklärte Reichsfinanzminister Dr. Wirth, daß er dem Reichskanzler über die Haltung der Regierungsparteien sofort Bericht erstatten werde und daß die heute zutage getretene Lage als eine für die Regierung unmögliche zu bezeichnen sei. Die Abstimmung der Deutschen Volkspartei und die Stimmenthaltung der Demokraten gaben dem Zentrum Veranlassung, sich ihre Stellungnahme im Plenum vorzubehalten. Wie wir hören, ist die durch die Abstimmung der beiden Regierungsparteien herbeigeführte Situation bereits Gegenstand von Beratungen der Regierung.

Berlin, 18. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Regierungsteife ist, wie zu erwarten war, bereits beendet. Die Deutsche Volkspartei hat beschlossen, die Regierungsvorlage anzunehmen. Der Reichsfinanzminister hat sich dagegen bereit erklärt, bestimmte Milderungen in der Anwendung des Gesetzes zuzusagen. Auf Grund dieses Kompromisses wird der Gehentwurf in der zweiten und dritten Beratung im Plenum mit den Stimmen der drei Koalitionsparteien und wahrscheinlich auch der Rechtssozialisten angenommen werden. Die Deutsche Volkspartei wünscht die folgenden Milderungen: Die Fristen sollen innerhalb der Erhebung des 1. Drittels verlängert werden. Bestimmte Steuerpflichtige sollen mit besonderer Schonung behandelt werden. Ein Antrag des Demokraten Blund erklärte sich mit dem Reichsfinanzminister einverstanden. Die eigentliche Krise ist durch das Auftreten des Abgeordneten Beder wesentlich mit verursacht worden. Im interfraktionellen Ausschuß den Koalitionsparteien gegenüber erklärte der Reichskanzler, hinter dem Reichsfinanzminister zu stehen und mit der Vorlage für beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers zu stehen und zu fallen. Die Regierungskrise hat vor allem deshalb eine schnelle Lösung gefunden, weil keine parlamentarische Mehrheit in neuer Form für eine Regierung unter den gegenwärtigen Umständen zu bilden sein wird.

Deutschlands Vorschläge für die Wiedergutmachung.

Berlin, 18. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die deutschen Vorschläge in Brüssel, die unterbreitet worden sind, scheinen bei der Entente auf nicht ungünstigen Boden gefallen zu sein. Die Bedeutung der gestrigen Sitzung lag darin, daß Staatssekretär Bergmann Vorschläge für die deutsche Wiedergutmachung machte. Bergmann betonte Deutschlands Bereitwilligkeit, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Es könne allerdings über die Höhe dieser Verpflichtungen noch nichts festgestellt werden. Deutschland brauche eine Atempause, um zunächst Luft zu schöpfen. Deutschland soll seine Verpflichtungen teils in Ware, teils in Geld leisten. Die Rohstofflieferungen sollen sorgfältig werden. Ferner sollen Chemikalien und Farbstoffe geliefert werden. Die Industrie soll sich zur Lieferung von Fertigwaren zum Wiederaufbau Nordfrankreichs einstellen. Der Redner machte zunächst den Vorschlag die Wiederaufbaufrage von einer deutsch-französischen Unterkommission behandeln zu lassen. Was die Barzahlungen Deutschlands betrifft, so können diese erst in größerem Umfange erfolgen, wenn die Wafuta stabil geworden ist. Eine internationale Kreditoperation zugunsten Deutschlands ist daher notwendig. Die Stimmung scheint für die deutschen Vorschläge günstig zu sein. Nach Bergmanns weiteren Darlegungen beabsichtigt Deutschland, im nächsten Jahr eine Revision des Kohlenabkommens von Spa zu beantragen. Bergmann trat dafür ein, daß Oberschlesien bei Deutschland bleibe aus wirtschaftlichen Gründen, indem er darauf hinwies, daß die Wiedergutmachung nicht in Papier, sondern in Sachleistungen bezahlt werden müsse. Er wiederholte dann den bereits in Spa gemachten Wiederaufbauplan entsprechend den Anlagen 23 und 24 zum deutschen Weisbuch über die Konferenzen von Spa. — Geheimrat Berggrün ist als Sachverständiger nach Brüssel abgereist.

Zur Dresdner Getreideschieberaffäre.

Dresden, 18. Dezember. (L. U.) Die Nachforschungen der Dresdner Staatsanwaltschaft nach dem Aufenthaltsort des wegen Getreideschieberungen flüchtig gemordeten Hofrats Rosenfeld sind von Erfolg gewesen. Rosenfeld befindet sich in einem Berliner Sanatorium. Von Dresden ist ein Kriminalbeamter mit einem Gerichtsarzt nach Berlin abgereist, um festzustellen, ob Rosenfeld vernehmungsfähig ist. Im beabsehenden Falle wird Rosenfeld nach heute ins Dresdner Untersuchungsgefängnis eingeliefert werden.

Die Vorschläge zur Wahl des Berliner Oberbürgermeisters.

Berlin, 18. Dezember. Der Ausschuß der Berliner Stadtverordnetenversammlung, der die Wahl des Oberbürgermeisters vorbereiten soll, hat gestern eine Abstimmung vorgenommen, bei der der bürgerliche Kandidat, der Berliner Stadtkämmerer Böhler, 12 Stimmen und der unabhängige Stadtverordnetenvorsteher Dr. Wenzel 10 Stimmen erhielt. 3 Stimmzettel waren unbeschrieben. Zu dem Ergebnis werden nun die Stadtverordneten Stellung nehmen.

Freilassung Max Levins.

Berlin, 18. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Kommunist Max Levin, der nach dem Sturz der bayrischen Mäterregierung nach Wien geflüchtet war und gemeinsam mit Bela Kun und andern ungarischen Volkskommissären interniert war, ist nunmehr aus der Internierung entlassen worden.

Folgen der kommunistischen Aktion in Böhmen.

Wien, 18. Dezember. Die Prager Polizei entdeckte eine großzügige, von Moskau finanzierte Verschwörung der Kommunisten gegen den Bestand der tschecho-slowakischen Republik. Bisher sind 400 Verhaftungen erfolgt.

Prag, 18. Dezember. Nach den neuesten Berichten ist die Zahl der Todesopfer im Krieg auf 8 gestiegen. Über 20 Verwundete befinden sich im Krankenhaus. In Prag ist ein kommunistischer Arbeiter seinen Verletzungen erlegen.

Prag, 17. Dezember. Den Blättern zufolge hält der Generalstreik in Karibier und Aufgeber an, hingegen wird im Teplitzer Bezirk überall gearbeitet.

Bildung eines sozialistischen Blocks?

Prag, 17. Dezember. (M. V.) Wie Narodni Listy melden, fand gestern eine Besprechung der tschechischen sozialistischen Parteien (Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten) unter Teilnahme von Vertretern der Legionäre statt, wobei über die Schaffung eines einheitlichen tschechischen sozialdemokratischen Blocks verhandelt wurde. Die Parteien erklärten grundsätzlich ihre Einwilligung, doch äußerten einige Teilnehmer Bedenken, ob es unter den gegenwärtigen zerrütteten Verhältnissen möglich ist, einen solchen Block aufzubauen und eine vorwiegend sozialistische Regierung zu bilden. Wie Pravo Lidu meldet, sind die fünf kommunistischen Senatoren, die nach dem Beispiel der kommunistischen Abgeordneten sich als kommunistischer Klub konstituieren wollten, unter dem Eindruck der mißglückten Aktion von diesem Plan abgetreten. Sie verbleiben weiterhin im Verbände des Klubs der sozialdemokratischen Senatoren.

Der russische Bolschewismus am Scheidewege.

Die in letzter Zeit aus Rußland kommenden Nachrichten, und zwar solche, die aus bolschewistischen Quellen stammen, zeigen, daß sich in der Politik der Sowjetregierung große Veränderungen vorbereiten, so, daß die Regierung mit ihrem bisherigen System brechen muß, weil sie es nicht mehr aufrechterhalten kann. Die Veränderungen beziehen sich sowohl vor allem auf das Wirtschaftsgebiet. Aber auch das rein politische wird vermutlich nicht unberührt bleiben. Wie uns von durchaus glaubwürdiger Seite mitgeteilt wird, haben die Wahlen zu den Agrar- und Arbeiterinspektionen für die kommunistische Regierung trotz all des riesigen Terrors eine starke Niederlage gebracht. Es sind nicht nur in Petersburg die Gegner Lenins in der Mehrheit gewählt worden, sondern mit Ausnahme von Moskau und einigen Industriebezirken, auch in allen andern Distrikten. Diese Niederlage soll in Verbindung mit den immer größer werdenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten bei der Sowjetregierung den Gedanken zur Reife gebracht haben, eine Änderung im Regierungssystem herbeizuführen und an eine Koalitionsregierung mit den — Menschewiken zu denken. Das würde die völlige Aufgabe des bisherigen Standpunkts Lenins und seiner Freunde bedeuten, der jedes Vaktieren mit andern Parteien als blauen Verrat am Kommunismus verweist. Die tatsächlichen Verhältnisse wären wieder stärker als aller Terror und alle noch so schönen Parolen gewesen.

Die Konzeption, die die Sowjetregierung ausländischen Kapitalisten eingeräumt hat und nach den Reden Lenins und Trozkis noch einzuräumen bereit ist, zeigen den großen Wandel in der Wirtschaftspolitik. Es ist die völlige Kapitulation vor dem Kapitalismus und zugleich das Eingeständnis, daß in Rußland nicht der Kommunismus, sondern der Kapitalismus die zukünftig herrschende Wirtschaftsreform sein wird. Für Kenner bringt diese Wendung in der russischen Politik und Wirtschaft keine Ueberraschung. Daß Rußland aus einem halb oder dreiviertel feudalen Agrarstaat ohne Zwischenstufen nicht in eine kommunistische Gesellschaft umgewandelt werden kann, hat Engels den Russen schon 1875 im Leipziger Volksstaat auseinandergesetzt. Die Entwicklung der Industrie hat auch seither in Rußland keine solchen Fortschritte gemacht, daß sie den Agrarstaat in einen bürgerlich-industriellen umgewandelt hätte. Die in einigen Bezirken und Städten entstandene Großindustrie ist im Verhältnis zur Agrarwirtschaft sehr gering. Durch den Krieg und den nachherigen Imperialismus sind Industrie und Verkehr zudem soweit herabgebracht worden, daß die Städte stark entvölkert worden sind, wodurch die Industrie-Entwicklungsmöglichkeit noch verringert wurde. Die Abwanderung aus den Städten aufs Land hat das Kleinbesitzertum auf dem Lande stark vermehrt. Gegen diesen Niedertrend der Wirtschaft können natürlich keine terroristischen Gewaltmaßnahmen helfen. Lenin und seine Freunde wissen dies schon lange. Sie sind auch viel zu geschickt, um nicht einzusehen, daß auf diesem wirtschaftlichen Trümmerhaufen keine kommunistische Wirtschaft entstehen kann. Wenn sie trotzdem ihre Manifeste über die Weltrevolution in die Welt hinausgeschleichen, so geschah dies aus politischen Gründen, um sich an der Macht zu erhalten und sich der imperialistischen Angreifer zu erwehren.

Jetzt, wo es keinen Zweck mehr hat, die wahren Zustände Rußlands zu verschleiern, ziehen die Sowjet-Männer auch allmählich die Konsequenzen. Sie liefern die Rohstoffquellen und das Laed Rußlands an ausländische Kapitalisten-Gesellschaften aus, damit diese den wirtschaftlichen Aufbau Rußlands herbeiführen, und sichern ihnen zu diesem Zweck ausbrüchlich Verträge zu, in denen die Privateigentumsrechte vor jedem Zugriff gesichert werden. Dieses Privateigentum darf weder nationalisiert, noch sozialisiert, noch sonstwie angetastet werden. Es ist diesen Kapitalgesellschaften außerdem das Recht eingeräumt, mit den Arbeitern Sonderverträge abzuschließen; freilich dürfen diese nicht im Widerspruch mit den Gesetzen stehen, aber diese Bestimmung ist für die Arbeiter äußerst gefährlich, denn in Rußland gibt es jetzt kein Koalitionsrecht, und das heißt die Arbeiter den Kapitalisten zu willkürlicher Ausbeutung ausliefern.

Es war voraussehbar, daß diese Schwankung in der russischen Wirtschaftspolitik unter den Arbeitern nicht nur Verwunderung, sondern auch Widerstand auslösen würde. Und so sehen sich die Häupter der russischen Kommunisten zu allerlei Beschwichtigungsreden veranlaßt. Nach der Krajinaja Gasetta hat Lenin auf einer Konferenz der Vertreter der kommunistischen Zellen eine Rede gehalten, in der er diese wirtschaftspolitische Schwankung folgendermaßen erklärte:

„Wenn das ausländische Kapital sich um Konzessionen bei uns bewirbt, so ist das nur ein Beweis dafür, daß die Bourgeoisie unsre Unbesiegbarkeit erkannt hat. Die Weltrevolution, die wir gerechnet hatten, läßt noch lange auf